

**INVESTIEREN STATT SPEKULIEREN –
Für ein Europa der Vollbeschäftigung!**

Oskar Lafontaine

Durch den Zusammenbruch von Bretton Woods ist es zu zwei gravierenden Strukturveränderungen im Weltfinanzsystem gekommen:

1. Übergang von festen zu flexiblen Wechselkursen und
2. Kapitalverkehr zwischen den Staaten wurde liberalisiert.

Das hat die Weltfinanzmärkte zu einem riesigen Spielcasino gemacht. Das Verhältnis von realwirtschaftlichen Investitionen und Spekulationen hat sich umgekehrt. Während Anfang der 70er Jahre ca. 5 % des Weltfinanztransfers Spekulationen waren und 95 % in die Realwirtschaft flossen, so ist dieses Verhältnis heute genau umgekehrt.

Diese weltweite Spekulationsblase saugt viele Gelder von der Realwirtschaft ab und führt zu Wachstums- und Beschäftigungsverlusten. Deshalb ist es notwendig, wie es James Tobin forderte, durch eine Steuer für Finanztransfers „Sand ins Getriebe zu werfen“, um diese Spekulationen einzubremsen.

Zusätzlich ist es notwendig, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) wieder zu seinem ursprünglichen Auftrag zurückfindet, nämlich Ländern, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, zu helfen. Denn mittlerweile ist der IWF zu einem verlängerten Arm der amerikanischen Politik geworden, dem es vor allem darum geht, Finanzanlagen, die großteils zu Spekulationszwecken getätigt wurden, zu sichern. Deshalb ist im IWF ein stärkeres Stimmengewicht für die Länder der Dritten Welt und eine Stimmenbündelung der Europäer notwendig, um hier eine andere Politik herbeizuführen.

Aber auch die neoliberale Politikausrichtung in Europa selbst hat zu einer Verschärfung der Arbeitsmarktlage und der sozialen Situation insgesamt geführt. Als Schlagworte seien hier nur Privatisierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Reform des Sozialstaates, Steuerwettbewerb etc. angeführt. Alle diese positiv formulierten Schlagwörter haben eines gemeinsam, dass unter dem Deckmantel der zum Teil wirklich notwendigen Reformen vorrangig Umverteilungspolitik stattfindet bzw. neue Geschäftsfelder für die Privatwirtschaft erschlossen werden.